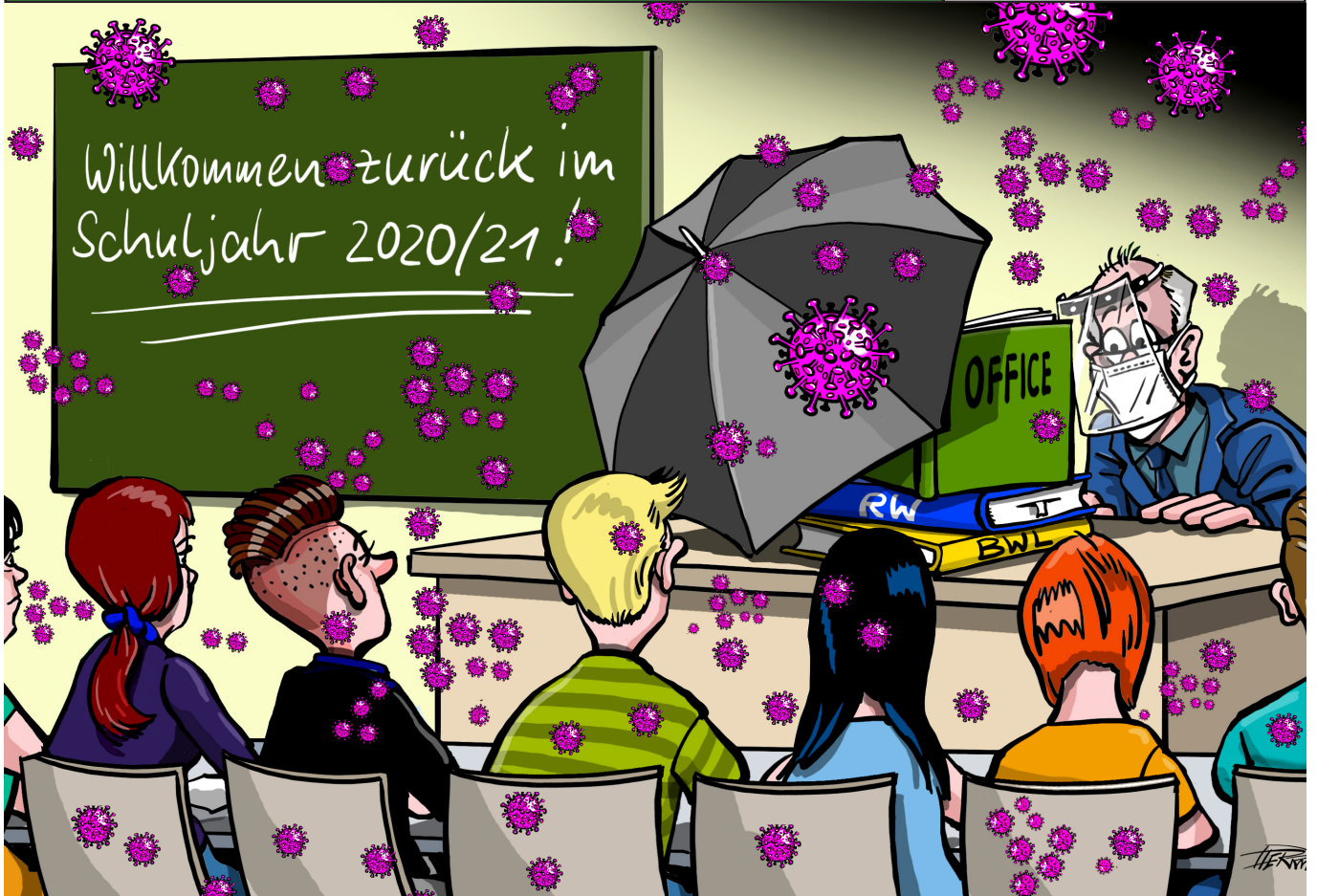


VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 2/2020

November 2020



Regelbetrieb um jeden Preis?

„Recht auf Bildung“ versus „Recht auf Gesundheit“?

Der VLW im Gespräch mit Ministerin Dr. Hubig

und mit der SPD-Landtagsfraktion

Neue Bezirksvorsitzende in Rheinhessen

Abschied in Bad Kreuznach

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden
Karl-Heinz Fuß 3

Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung

Gespräch mit Bildungsministerin
Dr. Stefanie Hubig 4

Gespräch mit Bildungspolitikerinnen
der SPD-Landtagsfraktion 5

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksversammlung Rheinhessen
wählt neue Bezirksvorsitzende 6

Nachrufe

Der VLW trauert um Heinrich Günster,
Dietrich Birke und Elisabeth Pollak 7

Aus den Ortsverbänden

OV Bad Kreuznach: Theo Vogt
in den Ruhestand verabschiedet 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Idee zu der Karikatur auf der Titelseite hatte ich gleich zu Beginn der Sommerferien, als klar war, dass wir ins neue Schuljahr im Regelbetrieb starten sollten. Die Situation, wie wir sie zu Beginn dieses Schuljahres angetroffen haben, dürfte einigermaßen getroffen sein. Einzig die Virendichte war im August wahrscheinlich nicht so hoch, wie in der Karikatur dargestellt.



Heute sind wir von dieser Darstellung gar nicht mehr so weit entfernt, wenn man mal davon absieht, dass die Schülerinnen und Schüler mittlerweile Mund-Nasen-Bedeckungen tragen.

Heute, da ich diese Zeilen schreibe, herrscht in zu vielen Klassenräumen immer noch eine drangvolle Enge. Möglicherweise ist das dann, wenn Sie diese Zeilen lesen, bereits anders. Das wäre zumindest zu wünschen, denn das hieße, dass man im Bildungsministerium unserer massiv erhobenen Forderung, angesichts der Pandemie-Entwicklung in den rollierenden bzw. – wo das schon möglich ist – in einen Hybridunterricht zu wechseln, endlich nachgegeben hat. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass noch längst nicht jeder von dieser Vorstellung begeistert ist. Genau genommen kenne ich niemanden, der nicht am liebsten in einer vollständigen Lerngruppe live und in Farbe unterrichtet. In der derzeitigen Lage kommt es aber nicht darauf an, in welchem Unterrichtsetting wir uns am wohlsten fühlen. Es gilt, eine gesunde und verantwortbare Balance zwischen dem inflationär bemühten „Recht auf Bildung“ und der Fürsorgepflicht unseres Dienstherrn für uns Lehrkräfte zu finden.

Wie Sie in diesem VLW kompakt lesen können, lassen wir wirklich keine Gelegenheit aus, unsere Forderungen anzubringen. Es ist manchmal schon erschreckend, wie vorhersehbar die Antworten sind. Aber wie sagt ein bekanntes Sprichwort: Steter Tropfen höhlt den Stein. Deshalb bleiben wir am Ball. Darauf können Sie sich verlassen!

Dirk Mettler

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung:
ruth.jakob@t-online.de bzw.

Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

Berufsbildende Schulen brauchen ein eigenes Krisenmanagement

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Die Infektionszahlen schießen durch die Decke und dennoch hält das Ministerium am Präsenzunterricht für alle fest. Die Verschärfungen der 12. Corona-Bekämpfungsverordnung, durch die neben Reisebranche und Gastronomie u. a. auch Fitness- und Kosmetikstudios vorübergehend schließen müssen, treffen Teile unserer Wirtschaft hart. Dass die Schulen im vollen Präsenzbetrieb weiterlaufen, erscheint vor diesem Hintergrund widersinnig.

Auch wenn das Ministerium, unterstützt von Experten der Universitätsmedizin in Mainz, hochhält, dass die Schulen nicht der Ort der Ansteckungen seien, so bleibt dennoch zu befürchten, dass sich dies schon sehr bald ändert. Längst können die Infektionsketten nicht mehr zurückverfolgt werden und es ist bekannt, dass vor allem junge Menschen häufig gar nicht merken, dass sie infiziert sind, da sie glücklicherweise nur einen milden Krankheitsverlauf haben. Die Hoffnung, durch die erstellten Hygienepläne geschützt zu sein, platzt leider wie eine Seifenblase, wenn man beobachtet, wie eng Schülerinnen und Schüler in Zügen und Bussen zusammenstehen. Dies setzt sich in überfüllten Klassenräumen mit bis zu 30 Schülerinnen und Schülern fort. Das durchgängige Tragen der Masken erschwert das gemeinsame Lernen und das propagierte Lüften als Allheilmittel stößt mit sinkenden Temperaturen auf Hemmnisse, wenn das persönliche Wohlbefinden durch die Kälte gestört ist.

Man wolle den Schülerinnen und Schülern ihr Recht auf Bildung nicht vorenthalten, lautet der Leitsatz aus dem Ministerium. Aber genau dieses Ziel verfolgen doch auch wir, die Lehrkräfte

an unseren Schulen. Wir sind jedoch der Meinung, dass es jetzt allerhöchste Zeit ist, in einen geordneten Wechselunterricht überzugehen, um einem kompletten Lockdown zuvorzukommen.

Dabei wollen wir nicht mit allen anderen Schularten in einen Topf geworfen werden, sondern wir benötigen unsere eigenen Regelungen. Wir haben nicht das Problem, dass unsere Schülerinnen und Schüler von den Eltern durchgängig betreut werden müssen, wenn sie nicht in der Schule sind. Deshalb können wir das Argument der Betreuungsproblematik nicht akzeptieren, wenn es darum geht, den kompletten Schulbetrieb in Präsenz aufrecht zu erhalten. Vielmehr benötigen die berufsbildenden Schulen dringend die Möglichkeit, die größten Gefahrenpotenziale zu entschärfen, indem ein Teil der Schülerschaft bereits jetzt im rollierenden System oder per Videoübertragung aus dem Klassensaal (hybrid) unterrichtet wird. Gleichzeitig wäre dies eine effektive Vorbereitung



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

auf eine komplette Schulschließung, falls sie sich doch nicht vermeiden lässt.

Und nicht zuletzt geht es um die Gesundheit von uns Lehrkräften. Wir sollten von unserem Dienstherrn erwarten können, dass er uns den bestmöglichen Gesundheitsschutz gewährt. Dies erscheint jedoch zweifelhaft, wenn das Ministerium auch für die berufsbildenden Schulen an Regeln festhält, die augenscheinlich auf die Mittelstufen der allgemeinbildenden Schulen ausgerichtet sind.

abgesagt:

Landesdelegiertenversammlung und Tag der kaufmännischen Schule

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es stand zu befürchten und ist jetzt leider Realität geworden: Die für den 9. November 2020 in Bingen geplante **Landesdelegiertenversammlung** konnte nicht stattfinden und den für den 8. März 2021 in Trier geplanten **Tag der kaufmännischen Schule** wird das gleiche Schicksal ereilen.

Der Landesvorstand arbeitet an einer Lösung, wie wenigstens die Listen für die BPR- und HPR-Wahlen fristgerecht aufgestellt werden können. Die Landesdelegiertenversammlung mit Neuwahl des Vorstands wird voraussichtlich im Sommer 2021 stattfinden.

Der VLW im Gespräch mit der Ministerin

In den Räumen des Bildungsministeriums trafen sich Karl-Heinz Fuß, Jürgen Hatzfeld, Michael Lutz und Dirk Mettler mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig, Staatssekretär Hans Beckmann sowie Abteilungsleiterin Berufsbildende Schulen Petra Jendrich. Wie nicht anders zu erwarten, drehte sich das Gespräch ausschließlich um Fragen und Probleme rund um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Schulbetrieb.

Sie erläuterte, dass die mittlerweile eingeführte Maskenpflicht ab dem 5. Schuljahr von allen Experten begrüßt würde und dass die Hygienekonzepte zu greifen schienen. Vor den Herbstferien habe es in Rheinland-Pfalz nur eine einzige nachgewiesene Übertragung des Sars-CoV-2 in Schulen gegeben. Vor diesem Hintergrund würden Schulschließungen bzw. Teilschließungen von Schulen von den zuständigen Gesundheits-

Karl-Heinz Fuß lobte ausdrücklich die enge Kommunikation, die seit Beginn der Schulschließung im März gepflegt werde und stellte klar, dass das Recht auf Bildung auch im Interesse des VLW und seiner Mitglieder liege. Eine erneute Schließung der Schulen (Szenario 3 des Hygieneplans) wolle man ebenso vermeiden. Leider sei jedoch zu beobachten, dass insbesondere die Abstandsregeln nicht überall eingehalten würden, selbst da nicht, wo es prinzipiell ginge. In voll besetzten Klassenräumen und im ÖPNV, auf den ein erheblicher Teil auch der BBS-Schüler angewiesen sei, sei daran kaum zu denken.



Im Bildungsministerium wurden die Abstandsregeln eingehalten: Dirk Mettler, Karl-Heinz Fuß, Abteilungsleiterin BBS Petra Jendrich, Ministerin Dr. Stefanie Hubig, Staatssekretär Hans Beckmann sowie Jürgen Hatzfeld erörtern die Lage an den BBSn angesichts der Covid-19-Pandemie. Auf dem Foto fehlt Michael Lutz; er hat das Foto gemacht.

Um die Forderung des VLW nach schulartspezifischen Regelungen zu begründen, verwies Karl-Heinz Fuß auf die Besonderheiten der Berufsbildenden Schule: Etwa zwei Drittel unserer Schülerinnen und Schüler seien Auszubildende mit Kontakten in Betriebe, teilweise sogar mit sehr vielen Kontakten, z. B. im Einzelhandel.

Jürgen Hatzfeld ergänzte, dass dem Gleichheitsgrundsatz zufolge Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln sei und machte geltend, dass in der Berufsschule junge Erwachsene unterwegs seien, die man anders behandeln müsse als Kinder.

Ministerin Dr. Hubig wies auf die aktuelle IZA-Studie hin, derzufolge es zum Ende der Sommerferien in den Bundesländern, in denen die Ferien bereits zu Ende waren, geringere Infektionsraten gab als in jenen Ländern, deren Ferien noch andauerten. Dieses Ergebnis spreche dafür, dass die Infektionsgefahr für Schülerinnen und Schüler in den Schulen mit ihren Hygienekonzepten geringer sei als in ihrer Freizeit.

Ministerin Dr. Hubig wies zu Beginn des Gesprächs auf die Verantwortung hin, die sie in ihrem Amt spüre. Die angesichts der steigenden Infektionszahlen immer wieder von Lehrkräften geäußerten Ängste vor einer Ansteckung mit Covid-19 nehme sie durchaus wahr. Sie stellte aber klar, dass die Entscheidung, weiterhin am Regelbetrieb festzuhalten, das Ergebnis einer Abwägung zwischen dem berechtigten Interesse der Lehrkräfte an Gesundheitsschutz einerseits und dem Recht auf Bildung der jungen Menschen andererseits sei. Die Schulschließungen im Frühjahr hätten teils massive Auswirkungen gehabt und nicht alles, was versäumt wurde, ließe sich nachholen.

ämtern mit Augenmaß angeordnet. Die neuerlichen Kontaktbeschränkungen in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens seien vorgenommen worden, um Schulen offenhalten zu können.

Nach ihrer Auffassung gebe es für Lehrkräfte, die zu einer vulnerablen Personengruppe gehören, die Möglichkeit des Fernunterrichts von zuhause aus. So verständlich der Wunsch vieler Lehrkräfte nach maximalem Schutz auch sei, müsse man jedoch bedenken, dass die Umsetzung dieses Wunsches das Recht auf Bildung lahmlegen und zu massiven Nachteilen für sehr viele Schülerinnen und Schüler führen würde.

Auf den abrupten Kurswechsel der Gesundheitsämter bei der Anordnung von Quarantänen wies Dirk Mettler hin. Während bis vor kurzem noch grundsätzlich ganze Klassen in Quarantäne geschickt worden seien, würde jetzt oftmals noch nicht einmal der direkte Sitznachbar mit einer Quarantäne belegt. Dies sei, auch wenn es der aktuellen Empfehlung des Robert-Koch-Instituts entspreche, nicht nachzuvollziehen. Es sei zu befürchten, dass dadurch vermehrt mit Sars-CoV-2 infizierte Schülerinnen und Schüler, mit allen Gefahren, die von ihnen ausgingen, im Unterricht verblieben und – da junge Menschen nun mal sehr häufig gar keine Symptome entwickelten und nach den aktuellen Richtlinien auch nicht getestet würden – unentdeckt blieben. Diese Sorge konnte Ministerin Dr. Hubig nachvollziehen und sagte zu, dieses Problem mit dem zuständigen Ministerium zu erörtern.

Jürgen Hatzfeld ging auf die überproportionale Infektionsrate von Lehrkräften gegenüber dem Durchschnitt der Bevölkerung ein und untermauerte die Forderung nach der Ausstattung der Lehrkräfte mit Schutzmasken durch den Dienstherrn mit dessen Fürsorgepflicht. Nach Ansicht der Bildungsministerin infizierten sich Erwachsene eher außerhalb von Schulen, leider seien aber viele Lehrerzimmer Problembereiche, da die Vorschriften des Hygieneplans dort nicht mit der gleichen Sorgfalt wie in den Klassenräumen umgesetzt würden. Sie verstehe zwar die Forderung, verwies aber auf die zusätzlich 500.000 Masken, die nochmals für Schülerinnen und Schüler bereitgestellt würden. Lehrkräften sei es zuzumuten, sich selbst mit ausreichend Masken zu versorgen. [Anm. d. Red.: Inzwischen wurden doch noch 200.000 FFP2-Masken, zwei Alltagsmasken für jede Lehrkraft sowie 13.000 Face-shields für Grundschul-

lehrkräfte zur Verfügung gestellt. Das Insistieren auf unserer Forderung hat offensichtlich Wirkung gezeigt.]

Dr. Stefanie Hubig erinnerte auch nochmals an die 48 Millionen Euro, die das Land zusätzlich für Vertretungslehrkräfte bereitgestellt hat, an die 3.000 Endgeräte für Lehrkräfte, die einer Risikogruppe angehören, an die 6 Millionen Euro für Luftfilteranlagen sowie an die Endgeräte, die bundesweit allen Lehrkräften zur Verfügung gestellt werden sollen. Abschließend erklärte sie, dass ein Wechsel in Szenario 2 mit rollierendem Unterricht nicht kategorisch ausgeschlossen sei, dass die Landesregierung aber, solange es zu vertreten sei, am Regelunterricht für möglichst viele Schüler festhalten möchte.

Karl-Heinz Fuß bedankte sich für das offene und konstruktive Gespräch in wertschätzender Atmosphäre.

Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikerinnen der SPD-Landtagsfraktion

Unter den Rahmenbedingungen einer Videokonferenz trafen sich die Landesvorstandsmitglieder Andreas Seehaus und Dirk Mettler mit den Bildungspolitikerinnen der SPD-Landtagsfraktion Bettina Brück MdL, Giorgina Kazungu-Haß MdL, Astrid Schmitt MdL sowie der Referentin Nathalie Eghbalzadeh zum turnusgemäßen Gedankenaustausch. Der Schwerpunkt des Gespräches sollte eigentlich auf dem Haushaltsentwurf für 2021 liegen, aufgrund der aktuellen Entwicklungen rund um die Covid-19-Pandemie drängten sich jedoch andere Probleme und Fragen in den Mittelpunkt.

Dirk Mettler berichtete für den VLW vom weitverbreiteten Unverständnis der Kolleginnen und Kollegen für die Beibehaltung des Regelbetriebs an den Schulen, während rundherum das öffentliche Leben massiven Einschränkungen unterliege. Aus Sicht vieler Kolleginnen

und Kollegen stelle sich die Frage, was denn noch passieren müsse, damit das im aktuellen Hygieneplan vorgesehene Szenario 2 in Kraft gesetzt würde, ganz abgesehen davon, dass auch noch ein Szenario 3 vorgesehen sei.

Was im Bereich der Berufsbildenden Schulen besonders bitter aufstoße, sei die undifferenzierte Herangehensweise an das Schulsystem. Wieder einmal würden die BBSn mit allen anderen Schularten in einen Topf geworfen, obwohl die Rahmenbedingungen gänzlich andere seien als beispielsweise an Grundschulen. Die Schülerinnen und Schüler an den BBSn seien Jugendliche und junge Erwachsene, die keiner häuslichen Betreuung mehr bedürften. Speziell in den Klassen der Berufsschule bestehe außerdem das Problem, dass die Azubildenden durch ihre Kontakte in den Ausbildungsbetrieben in beide Rich-

tungen (Betrieb – Schule und Schule – Betrieb) zur Verbreitung des Sars-CoV-2 beitragen. Ein besonderes Augenmerk sei dabei auf die medizinischen Ausbildungsberufe zu richten.

Dem wurde seitens der bildungspolitischen Sprecherin Bettina Brück entgegengehalten, dass für die Landesregierung das „Recht auf Bildung“ im Vordergrund stehe. Die Beschränkungen des öffentlichen Lebens seien ja gerade deshalb eingeführt worden, um den Schulbetrieb möglichst lange aufrecht erhalten zu können. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Schulen keine Infektionsherde seien.

Giorgina Kazungu-Haß ergänzte, dass in der Phase der Schulschließung im März/April viele Schülerinnen und Schüler nicht erreicht worden seien. Seitens der Landesschülervertretung werde be-

klagt, dass einige Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler in den Phasen des Fernunterrichts überhaupt nicht kontaktiert hätten.

Die Vertreter des VLW missbilligten dieses Verhalten ausdrücklich, wiesen aber deutlich darauf hin, dass es sich dabei nur um Einzelfälle gehandelt habe. Andreas Seehaus ergänzte, dass in einigen Fällen die nicht vorhandene technische Ausstattung, insbesondere zu schwache Internetanbindungen, einen Fernunterricht verhindert hätten und betonte, dass die Kollegien der BBSn in der Zwischenzeit ihre digitalen Kompetenzen durch zahlreiche Fortbildungen ausgebaut hätten, sodass die Situation heute nicht mehr mit der im Frühjahr dieses Jahres vergleichbar sei. Für die Berufsschule käme noch hinzu, dass viele Auszubildende, die selbst über keine hinreichenden Anschlüsse verfügten, aus den Betrieben heraus am Fernunterricht teilnehmen könnten. Deshalb plädierte er mit Nachdruck dafür, den BBSn mehr Freiraum für individuelle Lösungen einzuräumen.

Giorgina Kazungu-Haß versicherte den VLW-Vertretern, dass ihnen die Lehrkräfte nicht egal seien. Hier handele es sich aber um eine Frage der Güterabwägung zwischen den Sicherheitsbedürfnissen der Lehrkräfte und den Bildungschancen für junge Menschen. Andreas Seehaus stellte klar, dass die Bildung junger Menschen dem VLW und seinen Mitgliedern ebenso am Herzen liege, wies aber auch auf die bestehende Fürsorgepflicht des Dienstherrn für die Lehrkräfte hin.

Hinsichtlich der in Aussicht gestellten Dienst-Laptops für alle Lehrkräfte bekräftigte Dirk Mettler die Forderung des VLW, auch hier nach Schularten und innerhalb der BBSn auch nach Branchen zu differenzieren, da die Anforderungen an diese Geräte stark differierten. Eine Einheitslösung würde dazu führen, dass in vielen Bereichen die Dienstgeräte den teilweise sehr spezifischen Anforderungen nicht genügen würden. Bettina Brück verwies auf das positive Beispiel des Landkreises Bernkastel-Wittlich, der an allen in seiner Schulträgerschaft stehenden Schulen die Bedarfe abgefragt habe. Andreas Seehaus appellierte

an die Bildungspolitikerinnen, darauf zu achten, dass auch die Personalräte in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Giorgina Kazungu-Haß führte aus, dass der Markt für mobile Rechner momentan sehr strapaziert sei und dass vermutlich die Lizenzen für die erforderlichen Programme teurer würden als die Rechner selbst. Sie wies darauf hin, dass die Gelder aus dem DigitalPakt 1 auch für die Anwendungsbetreuung verwendet werden dürften.

Dirk Mettler wies nochmals darauf hin, dass es mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln für die Erstausrüstung nicht getan sei. Vielmehr müssten sich die laufenden Kosten für Wartung und auch Ersatzanschaffungen dauerhaft im Haushalt widerspiegeln. Bettina Brück machte abschließend deutlich, dass diese Herausforderung nur vom Land und von den kommunalen Schulträgern gemeinsam geschultert werden könne.

Die VLW-Vertreter bedankten sich für das offene und konstruktive Gespräch.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksversammlung Rheinhessen wählt neue Bezirksvorsitzende



Emöke Anderlik wurde zur neuen Bezirksvorsitzenden in Rheinhessen gewählt.

unter der Sitzungsleitung von Jürgen Hatzfeld abgearbeitet. Dem Landeschatzmeister Joachim Veigel wurde nach dem Bericht des Kassenprüfers Bernhard Bohrer Entlastung und ausdrückliches Lob für seine Arbeit zuteil.

Zur neuen Bezirksvorsitzenden wurde Emöke Anderlik (BBS Worms) dann einstimmig gewählt. Frau Anderlik wohnt in Mainz und unterrichtet die Fächer BWL und Sozialkunde an der BBS Worms.

Die beiden Mitglieder des Landesvorstandes, Miriam Schmidle (BBS Worms, stellvertretende Bezirksvorsitzende) und Karl-Heinz Fuß (BBS Alzey, Beisitzer) wurden ebenso einstimmig in den Be-

zirksvorstand gewählt. Die übrigen Mitglieder des Bezirksvorstands bleiben bis zum nächsten Jahr im Amt, dann wird der komplette Bezirksvorstand neu gewählt.

Im Namen aller Anwesenden bedankte sich Michael Lutz bei Jürgen Hatzfeld, der zwei Jahre als kommissarischer Bezirksvorsitzender die Arbeit maßgeblich verantwortet und bestimmt hat und weiterhin im Bezirksvorstand mitwirkt.

Wir wünschen der neuen Bezirksvorsitzenden und ihrem Team alles Gute und viel Erfolg bei ihrer Arbeit für den Verband und die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen!

Am 1. Oktober fand die lang erwartete Bezirksversammlung Rheinhessen in den Räumen der BBS Wirtschaft Worms statt, angesichts der Corona-Umstände unter beachtlicher Beteiligung der Schulen in Mainz, Bingen und Worms. Eine umfangreiche Tagesordnung wurde

Nachrufe

Der VLW trauert um Heinrich Günster, Dietrich Birke und Elisabeth Pollak.



Heiner Günster († 20.03.2020) war seit vielen Jahrzehnten Mitglied im VLW Rheinland-Pfalz. Er war ein hervorragender Kenner politischer Zusammenhänge und engagierte sich zeitlebens für die berufliche Bildung. Es war ihm ein besonderes Anliegen, sich dafür einzusetzen, dass gerade auch die Schwächeren in der Gesellschaft die passenden Bildungsangebote, Beratung und Unterstützung auf dem Weg von der Schule in den Beruf erhalten. Er leitete von 1996 bis 2001 die BBS im Berufsbildungswerk Neuwied und von 2011 bis 2014 die Carl-Burger-Schule BBS Mayen. Von 2001 bis 2011 war er als Referent und schließlich als Leiter des Referats 36 an der ADD-Außenstelle in Koblenz aktiv. Als kompetenter und menschlich sehr geschätzter Ansprechpartner war er ein gern gesehener Gast bei unseren VLW-Veranstaltungen und wurde landesweit bekannt. Er starb im Alter von 67 Jahren.

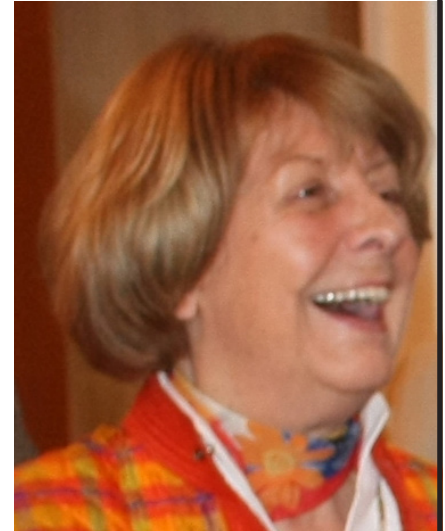
Dietrich Birke († 18.06.2020) war in seiner aktiven Zeit an der BBS Wirtschaft in Trier tätig, zuletzt als Abteilungsleiter. Für den VLW hatte er von 1968 bis 1981 den Vorsitz des



Bezirks Trier inne und vertrat den VLW viele Jahre im Bezirkspersonalrat Trier. In zahlreichen Arbeitssitzungen hat er sich damals in die Überarbeitung der damaligen Satzung des Landesverbandes eingebracht, die in Bad Kreuznach erstellt wurde. Im Jahr 2008 wurde ihm in Anerkennung seines Engagements die Ehrenmitgliedschaft im VLW Rheinland-Pfalz verliehen. Er starb im Alter von 88 Jahren.

Unser Ehrenmitglied und unsere ehemalige Kollegin **Elisabeth Pollak** ist am 22. Juli im Alter von 93 Jahren von uns gegangen. Wir verlieren mit ihr einen lieben und geschätzten Menschen, der sich mit Engagement für das berufliche Schulwesen eingesetzt hat.

Elisabeth Pollak ist als Kollegin der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler im Jahr 1975 in den VLW eingetreten. 1980 wurde sie zur Ortsvorsitzenden und bereits vier Jahre später zur Vorsitzenden des Bezirksverbands Koblenz gewählt. Dadurch war sie gleichzeitig Mitglied des VLW-Landesvorstandes. Diese Funktion übte sie bis 1998, also 14 Jahre lang aus. An ihrer Schule war sie überwiegend in den Bankfachklassen eingesetzt und zuletzt als Abteilungsleiterin



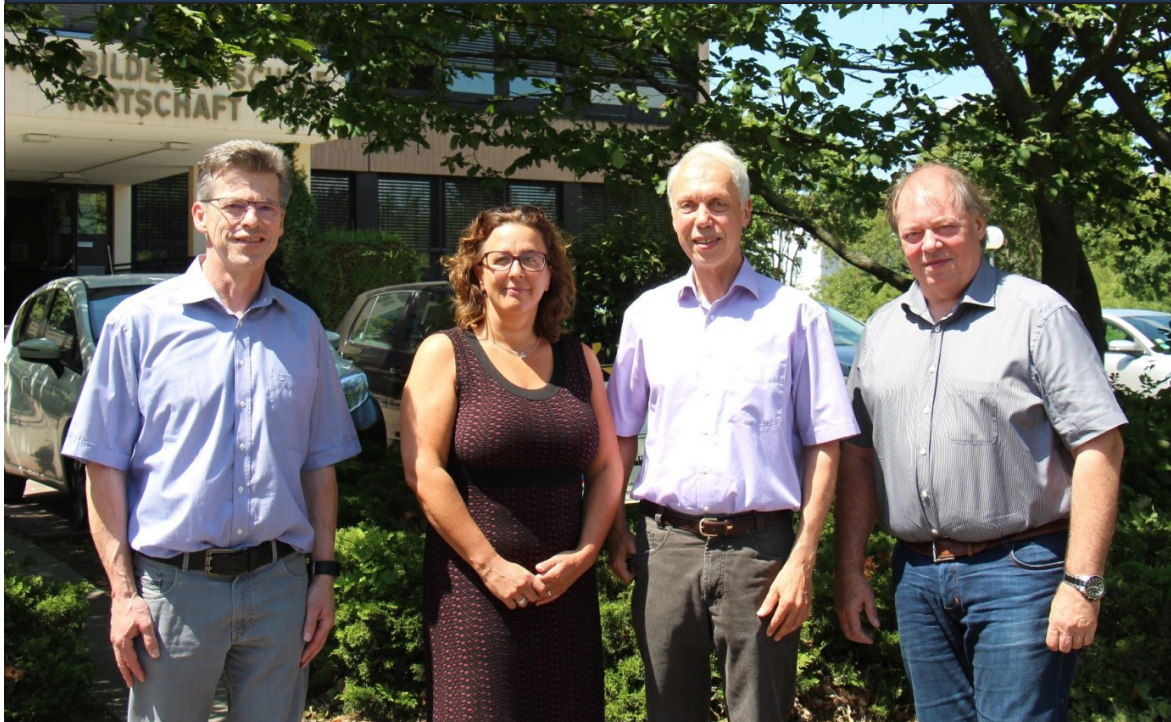
tätig. Im ganzen Land und darüber hinaus wurde sie bekannt durch ihr Engagement bei der Friedtjof-Jansen-Stiftung Ingelheim. Sie organisierte Weiterbildungen und Studienreisen, die sie selbst bis ins hohe Alter begleitete. Aufgrund ihrer Verdienste wurde Elisabeth Pollak im Jahr 2008 im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen zum VLW-Ehrenmitglied ernannt.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Landesvorstand war Elisabeth Pollak stets interessiert am VLW und seiner Arbeit. An VLW-Versammlungen und Tagungen hat sie bis zuletzt im März 2019 in Schloß Waldthausen persönlich teilgenommen. Sie war stets ein gern gesehener Gast. Es war für sie eine Selbstverständlichkeit, mit dem eigenen Auto anzureisen, was regelmäßig Bewunderung für ihre stabile Gesundheit auslöste.

Am 30. Juli 2020 wurde Elisabeth Pollak in ihrem Heimatort Bad Honnef würdevoll bestattet. Wir trauern mit ihren Angehörigen und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Aus den Ortsverbänden

Ortsverband Bad Kreuznach: Theo Vogt in den Ruhestand verabschiedet



Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß (l.), Ortsverbandsvorsitzende Kerstin Proksch (2. v. l.) sowie Bezirksvorsitzender Kurt Flöck (r.) würdigten Theo Vogt anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand.

In kleiner Runde haben sich der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß, der Bezirksvorsitzende Kurt Flöck und die Ortsverbandsvorsitzende Kerstin Proksch mit Theo Vogt an der BBS Wirtschaft in Bad Kreuznach getroffen, um in einem lockeren Gespräch seine aktive Zeit Revue passieren zu lassen.

Bereits zu Beginn seiner schulischen Laufbahn musste Theo Vogt seine Mobilität unter Beweis stellen. Nach dem Studium der Wirtschaftspädagogik in Mainz wurde er zu seiner Überraschung für das Referendariat dem Studienseminar Neuwied und der BBS Wirtschaft Koblenz als Ausbildungsschule zugewiesen. Dort hat es ihm durchaus gefallen, doch die nächste Überraschung erfolgte nach dem erfolgreich absolvierten zweiten Staatsexamen mit Zuweisung einer Stelle in Idar-Oberstein. Obwohl er sich auch dort wohlfühlte, beantragte er nach einigen Jahren aus familiären Gründen die Versetzung nach Bad Kreuznach. Dabei stellte er seine Beharrlichkeit unter Beweis, denn er musste 13

Anträge auf Versetzung stellen, bis ihm diese im Jahr 1994 schließlich gewährt wurde.

Theo Vogt war auch über die Schule hinaus aktiv, so z. B. als Geschäftsführer im Modellversuch Fachschule Informationstechnik in Rheinland-Pfalz und nach der Wiedervereinigung in der Lehrerfortbildung in Thüringen. Sein Talent blieb dem damaligen Schulleiter, Herrn Giebson, nicht verborgen, sodass ihn dieser für das Amt des ständigen Stellvertreters gewinnen konnte. Dies nahm Theo Vogt unter der Voraussetzung an, dass er den Stundenplan EDV-gestützt erstellen konnte. Bis dato waren nämlich noch meterlange Stecktafeln Usus. Dass er sich damit auf den richtigen zukunftsweisenden Weg begeben hatte, konnte er in den zurückliegenden Jahren beweisen, in denen die verfügbare EDV für die Stundenplangestaltung stetig weiterentwickelt wurde und er diese für sich und seine Schule zu nutzen verstand.

In den Jahren, in denen der VLW an der BBS Wirtschaft in Bad Kreuznach mitunter eine schwierige Zeit durchmachte, war Theo Vogt ein zuverlässiger Ansprechpartner, der die Fahne des VLW auch an stürmischen Tagen hochhielt. Neben all seinem Engagement ist der dreifache Vater auch ein Familiemensch. So will er sich im Ruhestand verstärkt seinen Enkeln widmen und auch seinem Hobby, dem Radfahren, frönen. In der Kirche möchte er bei der Erstellung des Pfarrbriefs mitwirken und wenn die Schule ihn braucht, dann sei er im Notfall auch bereit, unterstützend einzuspringen.

Zum Ende des Gesprächs dankten Karl-Heinz Fuß und Kurt Flöck Theo Vogt im Namen des VLW für seinen Einsatz für die berufliche Bildung und wünschten ihm viele glückliche und gesunde Jahre im Ruhestand. Alle Beteiligten freuen sich auf ein Wiedersehen bei einer der künftigen VLW-Veranstaltungen.